

Der Bahnübergang bei Türkheim kommt weg

Verkehr Baubeginn 2021 nach mehrjährigen Verhandlungen.

CSU-Bundestagsabgeordneter Stracke kritisiert „Untätigkeit“ der Bahn

Türkheim Nach rund vierjährigen zähen Verhandlungen mit der Deutschen Bahn können die Arbeiten am Bahnübergang bei Türkheim beginnen. Dies teilte der Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU) jetzt mit.

Geplant sei hier, die Staatsstraße 2518 unter den Bahngleisen durchzuführen. Die Gleise werden dann auf einer Brücke in der heutigen Höhenlage über die tiefergelegte Straße geführt. Der bisherige Bahnübergang wird beseitigt. Rund drei Millionen Euro werden in dieses Projekt investiert. Die Kosten werden zu gleichen Teilen zwischen dem Bund, dem Freistaat Bayern und der Deutschen Bahn aufgeteilt.

Die Baumaßnahme beginnt am 15. März 2021. Die Staatsstraße wird am 26. Juli zur Vorbereitung gesperrt und die Bahnlinie dann vom 21. bis zum 28. August. In diese Zeit fällt der Einsetzen der Brücke. Nach derzeitiger Planung soll die Maßnahme am 20. Dezember 2021 abgeschlossen und die Verkehrsübergabe der Strecke noch in der Adventszeit 2021 erfolgen.

„Mit der Höhenfreimachung des Bahnüberganges an der Staatsstraße 2518, an der Gemarkungsgrenze Bad Wörishofen und Türkheim wird nun endlich ein bisheriger Un-



Der Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke am Bahnübergang bei Türkheim, an dem nun endlich die Bauarbeiten beginnen können. Foto: Abgeordnetenbüro

die beiden betroffenen Gemeinden Türkheim und Bad Wörishofen, an deren Gemarkungsgrenze der Bahnübergang liegt, begrüßten die geplante Maßnahme ausdrücklich. Da die Bahn keine planerischen Kapazitäten für die Realisierung des Projekts frei hatte, erklärte sich der Freistaat Bayern bereit, die Planungsaufgabe für die Bahn zu übernehmen.

Noch im gleichen Jahr begann das Staatliche Bauamt mit den Planungen und prüfte eine Straßenüberführung und eine Eisenbahnüberführung als zwei mögliche Varianten der Höhenfreimachung. Im Ergebnis sprach sich das Bauamt für eine Eisenbahnüberführung aus, weil dies eine Lösung darstelle, die der Landschaft am besten gerecht werde. Dieser Variante stimmte auch der Freistaat Bayern zu.

„Im April 2017 hat mir Staatsminister Joachim Herrmann MdL mitgeteilt, dass das Staatliche Bauamt Kempten das Genehmigungs- und die Ausführungsplanung für die Bahnübergangsbeseitigung zum Abschluss bringen und noch in diesem Jahr das Planfeststellungsverfahren bei der Regierung von Schwaben beantragen wolle“, berichtete Stracke im Rückblick. „Dies war ein großartiges Signal. Wenn es gelungen wäre, bis Frühjahr 2019 bestandskräftiges Baurecht vorzuliegen, wäre die bauliche Umsetzung der Höhenfreimachung noch bis Ende des Jahres 2020 pünktlich zum Abschluss der Elektrifizierungsmaßnahme möglich gewesen“, erklärte er.

„Zunächst gelang es mir auf Bitten des Staatlichen Bauamts, das Ei-

senbahnbesondersamt zu einer raschen Planungsanfrage zu bewegen. Diese erfolgte auch tatsächlich am 31. Mai 2019. Dies war ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zur Umsetzung der Baumaßnahme“, teilte Stracke mit. Allerdings kam es in der Folge zu immer weiteren Verzögerungen auf der Seite der Deutschen Bahn. „In zahlreichen Schreiben an den Konzernbevollmächtigten hatte ich auf die Dringlichkeit der Maßnahme aufmerksam gemacht“, unterstreicht Stracke. Dafür hatte er sich auch erfolgreich das Bayerische Bauministerium mit im Boot geholt, das ebenfalls deutlich die Notwendigkeit einer zehnten Bearbeitung des Projektes gegenüber der Bahn betonte. Leider vergeblich.

2019 kam dann die schlechte Nachricht des weiteren Aufschiebens der Maßnahme. Die Durchführung der Bahnübergangsbeseitigung musste in Abstimmung mit der DB Netz Regional um ein weiteres Jahr verschoben werden. „Dies war besonders ärgerlich, weil die Planungsanfrage des Eisenbahn Bundesamts vorlag und das Staatliche Bauamt zu diesem Zeitpunkt alle in seiner Zuständigkeit liegenden Planungen sowie Vorbereitungen der Vergabeunterlagen zeitgerecht erledigt hatte. Leider fehlten aber immer noch die bahneninternen Zusatzen und deren Planungsleistungen, die sowohl für den Abschluss der Kreuzungsvereinbarung nach dem Eisenbahnrecht als auch für unsere geplante Ausschreibung erforderlich waren. Unfassbar!“, urteilte Stracke über das damalige Nichtstun der Bahn. /sc/

„Unfassbar“

Stephan Stracke (CSU) zum Nichtstun der Bahn

fallschwerpunkt maßgeblich entschärft. Zudem wird ein moderner kreuzungsfreier Bereich geschaffen, der das mäßig zu erwartende steigende Verkehrsaufkommen nach langfristiger erfolgreich bewältigen kann“, erklärte Stracke dazu.

Bereits zu Beginn des Jahres 2016 hatte sich Stracke an den Bayerischen Konzernbevollmächtigten der DB AG Dieter Josel sowie den damaligen Leiter des Staatlichen Bauamts Kempten Thomas Hölzl gewandt und dafür geworben, dass der Bahnübergang an dieser Stelle beseitigt wird. Als Grund dafür hatte er die zahlreichen Unfälle an dieser Stelle angeführt und die Notwendigkeit eines modernen Konzepts für diese Kreuzung von Bahn und Staatsstraße verdeutlicht. Die Umsetzung der Maßnahme sollte idealerweise im Zuge der Elektrifizierung der Bahnstrecke erfolgen.

Von der Deutschen Bahn wie auch vom Staatlichen Bauamt kam die grundsätzliche Zustimmung zu dieser Maßnahme. Josel sicherte sogar eine bevorzugte Bearbeitung des Projekts seitens der Bahn zu. Auch